

Stand: 04.02.2026 06:59:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2747

"Jede Form von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus weiterhin konsequent verfolgen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2747 vom 05.07.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3464 des KI vom 24.09.2024
3. Beschluss des Plenums 19/3526 vom 08.10.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 08.10.2024



Antrag

der Abgeordneten **Michael Hofmann, Petra Guttenberger, Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Dr. Stephan Oetzing, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Jede Form von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus weiterhin konsequent verfolgen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekräftigt, dass die Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus höchste Priorität haben. Dabei müssen neben dem Rechtsextremismus auch alle anderen extremistischen Phänomenbereiche, insbesondere der zunehmend gewaltbereite Linksextremismus, der weiterhin gefährliche religiöse Extremismus oder der auslandsbezogene Extremismus, in den Blick genommen werden.

Der Landtag begrüßt die bereits von der Staatsregierung ergriffenen umfangreichen Maßnahmen zur präventiven und repressiven Bekämpfung des Rechtsextremismus. Hierzu zählen insbesondere

- die bestmögliche Ausstattung der Sicherheitsbehörden mit den erforderlichen Ressourcen und Befugnissen, um sicherheitsgefährdenden Extremismus wirksam bekämpfen zu können,
- die konsequente Entwaffnung von Reichsbürgern und Rechtsextremisten durch die Waffenbehörden,
- die umfangreichen Vorkehrungen dagegen, dass Extremisten überhaupt in den öffentlichen Dienst gelangen, sowie das konsequente Handeln, um diese ggfs. umgehend aus dem Staatsdienst zu entfernen,
- die vielfältigen Maßnahmen zum Schutz von Amts- und Mandatsträgern,
- die präventiven Maßnahmen, die von der allgemeinen Demokratieerziehung und Wertebildung über Informations- und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Kommunenberatung und der Unterstützung bei Deradikalisierung und Ausstieg reichen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diese Maßnahmen konsequent fortzuführen und weiterzuentwickeln sowie das Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus weiterhin fortzuschreiben und bedarfsgerecht an die aktuellen Erfordernisse anzupassen.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, sich gegenüber dem Bund weiterhin dafür einzusetzen, dass die Sicherheitsbehörden auch bundesrechtlich die notwendigen Befugnisse erhalten, um auf der Höhe der technischen Entwicklung bleiben und sicherheitsgefährdenden Extremismus effizient beobachten und bekämpfen zu können. In diesem Zusammenhang stellt der Landtag mit Bedauern fest, dass sogar Initiativen der Bundesinnenministerin zur notwendigen Ergänzung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden, etwa im Hinblick auf die Speicherung von IP-Adressen, in der Bundesregierung keine Unterstützung finden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie die wehrhafte Demokratie auch in Bayern noch weiter gestärkt werden kann, indem Extremisten der Zugang zu staatlichen und kommunalen Förderungen und sonstigen Ressourcen – soweit rechtlich möglich – versperrt werden kann und Kernbereiche der staatlichen Verwaltung vor einer Einflussnahme und Unterwanderung durch Extremisten bestmöglich geschützt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag nach den erwarteten gerichtlichen Entscheidungen in Bayern und im Bund zur Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz erneut zum Sachstand zu berichten. Der Landtag begrüßt, dass das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz sich im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben und Zuständigkeit weiterhin aktiv an der Zusammenführung der Erkenntnisse im Verfassungsschutzverbund beteiligen wird.

Begründung:

Bayern ist das sicherste Bundesland. Auch im Kampf gegen jede Form von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus ist Bayern Spitzenreiter. Dies muss auch in Zukunft so bleiben. Gerade in Zeiten aufkeimender extremistischer und antisemitischer Tendenzen muss alles Erforderliche in Bayern und Deutschland getan werden, um unsere wehrhafte Demokratie und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes effektiv zu schützen.

Staat und Gesellschaft sind hierbei gleichermaßen gefordert, jeglicher Form von Intoleranz, Antisemitismus, Rassismus und Extremismus entschieden entgegenzutreten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Michael Hofmann, Petra Guttenberger, Holger Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 19/2747

Jede Form von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus weiterhin konsequent verfolgen!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Holger Dremel**
Mitberichterstatterin: **Christiane Feichtmeier**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 10. Juli 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - SPD: EnthaltungZustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 24. September 2024 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - SPD: EnthaltungZustimmung empfohlen.

Roland Weigert
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Michael Hofmann, Petra Guttenberger, Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/2747, 19/3464

Jede Form von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus weiterhin konsequent verfolgen!

Der Landtag bekräftigt, dass die Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus höchste Priorität haben. Dabei müssen neben dem Rechtsextremismus auch alle anderen extremistischen Phänomenbereiche, insbesondere der zunehmend gewaltbereite Linksextremismus, der weiterhin gefährliche religiöse Extremismus oder der auslandsbezogene Extremismus, in den Blick genommen werden.

Der Landtag begrüßt die bereits von der Staatsregierung ergriffenen umfangreichen Maßnahmen zur präventiven und repressiven Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Hierzu zählen insbesondere

- die bestmögliche Ausstattung der Sicherheitsbehörden mit den erforderlichen Ressourcen und Befugnissen, um sicherheitsgefährdenden Extremismus wirksam bekämpfen zu können,
- die konsequente Entwaffnung von Reichsbürgern und Rechtsextremisten durch die Waffenbehörden,
- die umfangreichen Vorkehrungen dagegen, dass Extremisten überhaupt in den öffentlichen Dienst gelangen, sowie das konsequente Handeln, um diese ggfs. umgehend aus dem Staatsdienst zu entfernen,
- die vielfältigen Maßnahmen zum Schutz von Amts- und Mandatsträgern,

- die präventiven Maßnahmen, die von der allgemeinen Demokratieerziehung und Wertebildung über Informations- und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Kommunenberatung und der Unterstützung bei Deradikalisierung und Ausstieg reichen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diese Maßnahmen konsequent fortzuführen und weiterzuentwickeln sowie das Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus weiterhin fortzuschreiben und bedarfsgerecht an die aktuellen Erfordernisse anzupassen.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, sich gegenüber dem Bund weiterhin dafür einzusetzen, dass die Sicherheitsbehörden auch bundesrechtlich die notwendigen Befugnisse erhalten, um auf der Höhe der technischen Entwicklung bleiben und sicherheitsgefährdenden Extremismus effizient beobachten und bekämpfen zu können. In diesem Zusammenhang stellt der Landtag mit Bedauern fest, dass sogar Initiativen der Bundesinnenministerin zur notwendigen Ergänzung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden, etwa im Hinblick auf die Speicherung von IP-Adressen, in der Bundesregierung keine Unterstützung finden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie die wehrhafte Demokratie auch in Bayern noch weiter gestärkt werden kann, indem Extremisten der Zugang zu staatlichen und kommunalen Förderungen und sonstigen Ressourcen – soweit rechtlich möglich – versperrt werden kann und Kernbereiche der staatlichen Verwaltung vor einer Einflussnahme und Unterwanderung durch Extremisten bestmöglich geschützt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag nach den erwarteten gerichtlichen Entscheidungen in Bayern und im Bund zur Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz erneut zum Sachstand zu berichten. Der Landtag begrüßt, dass das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz sich im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben und Zuständigkeit weiterhin aktiv an der Zusammenführung der Erkenntnisse im Verfassungsschutzverbund beteiligen wird.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich auf der Ehrentribüne ganz herzlich die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Frau Dr. h. c. mult. Charlotte Knobloch begrüßen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

In ihrer Begleitung sind die stellvertretende israelische Generalkonsulin Frau Kasa Harbor, Frau Dr. Irene Aue-Ben-David, Direktorin des Leo Baeck Instituts Jerusalem, und Frau Dr. Sharon Livne, stellvertretende Direktorin des Leo Baeck Instituts Jerusalem. Seien Sie herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute bei uns sind.

(Allgemeiner Beifall)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Bayerns Versorgung mit Gas und Wasserstoff sicherstellen
 Drs. 19/2009, 19/3479 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Bericht zur Bayerischen Außenwirtschaftsstrategie
 Drs. 19/2169, 19/3480 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Andreas Jäckel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aktueller Sachstand zum Beteiligungsprozess des
Bayerischen Aktionsplans QUEER
„Miteinander stärken. Diskriminierung überwinden.“
Drs. 19/2359, 19/3461 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer,
Martin Wagle, Thomas Huber u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beste Standortbedingungen für die bayerische Industrie sicherstellen
Drs. 19/2361, 19/3481 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer,
Martin Wagle, Maximilian Böttl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Geothermie-Ausbau in Bayern trotz Ampel-Bremse voranbringen
Drs. 19/2362, 19/3482 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Umweltplakette abschaffen – Bürokratie abbauen!
Drs. 19/2379, 19/3325 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Aufhebung der Sonderregelungen im BauGB für den erleichterten Bau von Flüchtlings- und Asylunterkünften
Drs. 19/2381, 19/3436 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Wasserstoff-Nutzfahrzeuge weiterhin fördern –
Flottenumbau darf nicht ins Stocken geraten
Drs. 19/2497, 19/3483 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vision für ein Konzerthaus als Dritten Ort umsetzen: Kulturraum für Begegnung öffnen, Neugier und Begeisterung für den Besuch wecken!
Drs. 19/2559, 19/3338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Stephan Oetzing, Robert Brannekämper, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Best-Practice-Bericht über die Start-up-Landschaft im Freistaat Bayern
Drs. 19/2562, 19/3484 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bericht zur Datenübermittlung im Rahmen des § 31a SGB III
Drs. 19/2566, 19/3463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sturzflutvorsorge beschleunigen
Drs. 19/2674, 19/3331 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gleiches Geld für gleiche Kulturarbeit:
Popularmusik-Festivals künftig finanziell unterstützen
Drs. 19/2676, 19/3299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Michael Hofmann, Petra Guttenberger, Holger Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jede Form von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus weiterhin konsequent verfolgen!
Drs. 19/2747, 19/3464 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schriftlicher Jahresbericht über die Tätigkeit des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)
Drs. 19/2772, 19/3324 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>